Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 231 (1958)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 15. Juni 1956 bis 15. Juni 1957)

Die zweite Hälfte des Jahres 1956 war eine äußerst belebte und in höchstem Maß kritische Zeit. Die Weltlage spitzte sich in einer Art zu, die nur mit den Krisen verglichen werden kann, die der Koreakrieg und die Blockade Berlins hervorgerufen hatten. In Ägypten und in Ungarn kam es zum offenen Krieg, und wenig fehlte, daß der Weltfriede nicht mehr zu retten gewesen wäre. War es, daß die Furcht vor der alles zerstörenden Vernichtungsgewalt der Uran- und Wasserstoffbomben die Staatenlenker zurückhielt, war es, daß für einmal die Vernunft über die Leidenschaften siegte, kurz, es gelang, die Kriege auf ihre Herde zu beschränken, und, in wenigstens einem der beiden Fälle, erfüllte die UNO tatsächlich ihre Aufgabe der Friedenssicherung. Die Erschütterungen, welche das Jahr 1956 gebracht hatte, waren so groß, daß man die ganze erste Hälfte des Jahres 1957 noch daran zu verdauen hatte und in dieser Periode nur wenige neue Entwicklungen zu verzeichnen sind.

*

Eine große Unruhe kam in die Welt, als der diktatorisch regierende Präsident der ägyptischen Republik, Gamal Nasser, am 27. Juli 1956 die Verstaatlichung der internationalen Suezkanalgesellschaft verkündete. Diese privatrechtlich konstituierte Gesellschaft, deren Aktien sich aber zum größten Teil in den Händen Englands und Frankreichs befanden, hatte den Kanal seit seiner Eröffnung, also rund neunzig Jahre lang, betrieben. Für die Ägypter symbolisierte diese ausländische Gesellschaft das letzte Überbleibsel der Fremdherrschaft oder, wie das Modewort heißt, des Kolonialismus. Nasser mochte den Gedanken, diese Gesellschaft in ägyptischen Besitz zu überführen, schon lange gehegt haben; den eigentlichen Anstoß dazu gab ihm die Absage der Amerikaner, den geplanten neuen Assuan-Staudamm zu finanzieren. Nasser erklärte, er wolle die Einnahmen aus dem Suezkanal für diesen Damm verwenden; er machte daneben aber kein Geheimnis daraus, daß er mit diesem Schlag die westlichen Mächte hart treffen wollte. So wurde seine Aktion auch bei den übrigen arabischen Völkern verstanden, die Nasser für seine Kühnheit lauten Beifall zollten. Auch die Russen und ihre Satelliten erklärten Ägypten ihre volle Zustimmung, so daß Nasser von dieser Seite, die ihm auch reichlich Waffen zukommen ließ, seinen Rücken gedeckt sah.

Die Engländer fühlten sich denn auch durch die Herausforderung Nassers empfindlich getroffen, und sie erklärten sich in keiner Weise bereit, sich mit der Verstaatlichung des Suezkanals abzufinden. Sie sperrten unverzüglich alle ägyptischen Guthaben, verstärkten ihre Truppen auf Zypern und führten eine Flottendemonstration durch. Doch unterblieben zunächst kriegerische Handlungen. Die Engländer versuchten statt dessen, in Zusammenarbeit mit den Franzosen, die nicht weniger erbittert waren, eine diplomatische Front gegen Ägypten aufzubauen. Sie luden 24 seefahrende Nationen nach London zu einer Konferenz ein, die vom 16.–23. August zusammentrat. Es ging aber dort ein bißchen zu wie im Märchen von den Mäusen, bei denen keine sich getraute, der Katze die Schelle anzuhängen. Das heißt, die Engländer hätten sich schon getraut, aber die andern wollten dabei keine Hilfe leisten. Immerhin beschlossen 18 Mächte, die Internationalisierung des Suezkanals zu verlangen; aber gerade davon wollte Nasser nichts wissen, und er ließ die Delegierten der Suezkonferenz unverrichteter Dinge wieder von dannen ziehen. Eine zweite Suezkonferenz der 18 Staaten, die vom 19.–21. September in London zusammentrat, konnte sich aber zu keinen scharfen Maßnahmen aufraffen, hatten doch die meisten der seefahrenden Nationen bereits begonnen, der neuen, von Nasser gegründeten Kanalgesellschaft die Durchfahrtsgebühren zu bezahlen. Inzwischen hatte die alte Suezkanalgesellschaft versucht, Nasser kleinzukriegen, indem sie ihre Lotsen zurückrief. Es gelang aber den Ägyptern unter großen Anstrengungen, ein neues Lotsenkorps anzuheuern und einzuschulen, so daß der Kanalverkehr ungehindert weitergehen konnte.

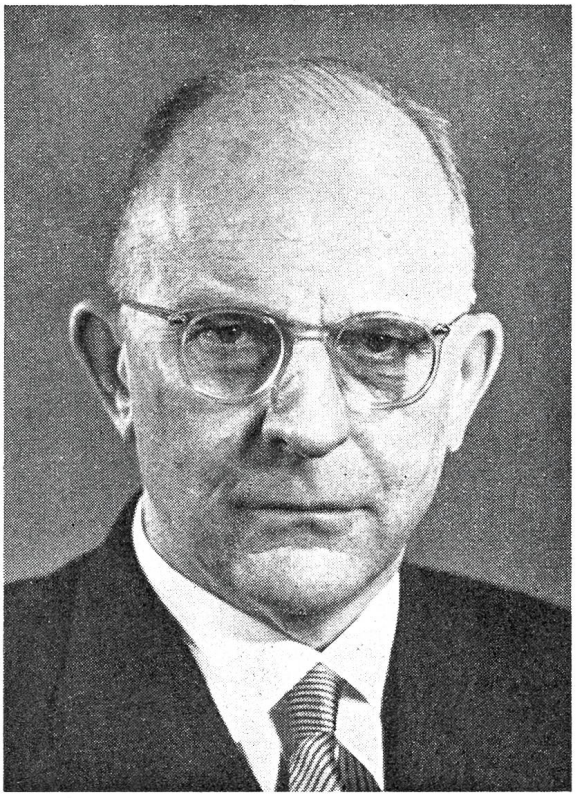
Die nächste Phase des Suezstreites spielte sich vor dem Sicherheitsrat der UNO ab, den sowohl Ägypten einerseits wie England und Frankreich andererseits angerufen hatten. Es gelang sogar, die Parteien zu einer gemeinsamen Grundsatzerklärung zu verpflichten, deren Kernstück im

Satz bestand, daß der Kanal von der Politik jedes Landes fernzuhalten sei. Die sogenannten sechs Grundsätze blieben aber nur auf dem Papier stehen; die Engländer versuchten dennoch eine Internationalisierung des Kanals durchzudrücken, während die Ägypter nichts anderes im Ziel hatten, als sich in den ganzen Kanalbetrieb so gut wie gar nichts dreinreden zu lassen.

*

Eine neue Wendung nahm die Suezfrage, als am 30. Oktober die Israelis ganz unvermittelt eine militärische Aktion gegen Ägypten einleiteten. Sie waren der ewigen Schikanen, denen sie an ihrer Grenze ausgesetzt waren, müde, und sie hatten allen Grund, die oft genug wiederholten Drohungen der Ägypter und ihrer anderen Nachbarn ernst zu nehmen, wonach diese Israel auslöschen und die Israelis ins Meer werfen wollten. Die Israelis unternahmen also einen klassischen Präventiv- oder Vorbeugungskrieg. Ihre Kriegführung war ein militärisches Meisterstück, sie zeigte die Überlegenheit der strategischen Planung und der soldatischen Ausbildung: in acht Tagen hatten die Israelis die ganze Halbinsel Sinai erobert, den Gazastreifen von rückwärts aufgerollt und standen in unmittelbarer Nähe des Kanals.

Diese Gelegenheit nützten England und Frankreich aus, um ihrerseits Ägypten in die Enge zu treiben. Sie stellten Nasser ein Ultimatum, wonach er den Kanal hätte ausliefern müssen, und als er es nicht annahm, begannen sie die militärischen Operationen. Am fünften Tag des Krieges landeten sie bei Port Said und besetzten die Kanalufer auf eine Länge von 40 km. Am 7. November brachen sie die Aktion ab, die mit Leichtigkeit zu einer totalen Niederlage Ägyptens hätte weitergeführt werden können.



Hans Streuli
Bundespräsident für das Jahr 1957
Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Was war dazwischen gekommen? Die UNO trat sogleich nach dem Beginn des israelisch-englisch-französischen Angriffs zusammen – zuerst der Sicherheitsrat, dann, nach einem Veto Englands und Frankreichs, die Generalversammlung. Letztere beschloß mit 62 gegen 2 Stimmen eine Resolution, die den sofortigen Abbruch der Kämpfe befahl. England und Frankreich mußten es erleben, daß ihr bester Freund und Verbündeter, Amerika, im gleichen Lager stand wie Rußland und mit diesem zusammen die ganze übrige Welt hinter sich hatte, um die englisch-französische Allianz in die Schranken zu weisen. Gleichzeitig drohte Rußland den Engländern unverblümt mit Fernlenkgeschossen, und in England selbst stand nicht das ganze Volk hinter der Regierung, indem die starke Labourpartei äußerst heftig gegen den vom konservativen Kabinett vom Zaun gerissenen Waffengang Stellung bezog. Unter dem Drucke der ganzen Welt gaben die drei Angreifer ihre Erfolge preis und entließen Ägypten aus dem Schraubstock, in dem sie es gefangen hatten. Sie stellten zuerst die Kämpfe ein und räumten dann getreu dem Befehle der UNO ihre eroberten Stellungen.

Als Puffer zwischen den sich zurückziehenden Eroberern und den nachrückenden Ägyptern entsandte die UNO eine internationale Streitmacht, die UNEF (United Nations Emergency Force), nach Ägypten, zu der 20 Nationen Kontingente stellten. Die Swißair führte auf Rechnung des Schweizerischen Bundesrates während der ersten 11 Tage den Transport der UNEF-Soldaten von Neapel nach Ägypten durch. Am 24. Dezember waren alle englischen und französischen Soldaten wieder aus Ägypten verschwunden, am 22. Januar hatten auch die Israelis ihren Rückzug abgeschlossen, wenigstens nach ihrer eigenen Auffassung, denn noch hielten sie den Gazastreifen und die Stellung von Scherm el Scheik am Golf von Akaba besetzt.

Die UNO war anderer Ansicht. Zur Genugtuung Ägyptens befahl sie am 21. Januar mit 74:2 Stimmen den Israelis, auch jene Gebiete zu räumen; dies fiel den Israelis um so schwerer, als vom Gazastreifen aus die ägyptischen Selbstmordkommandos in Israel operiert hatten, während die Stellung von Scherm el Scheik die Meerenge von Tiran dominierte, d.h. den Eingang zum Golf von Akaba, an dem Israels bis anhin unbenützbare Hafenstadt Eilath gelegen ist. Israel stand aber unter starkem Druck Amerikas, und es blieb ihm nichts anderes übrig, als der UNO schließlich bedingungslos zu gehorchen. Am 6. März 1957 billigte die Knesseth (Israels Parlament) mit 84:25 Stimmen die Kapitulation, und damit hatte Israel alle seine Eroberungen wieder herauszugeben.

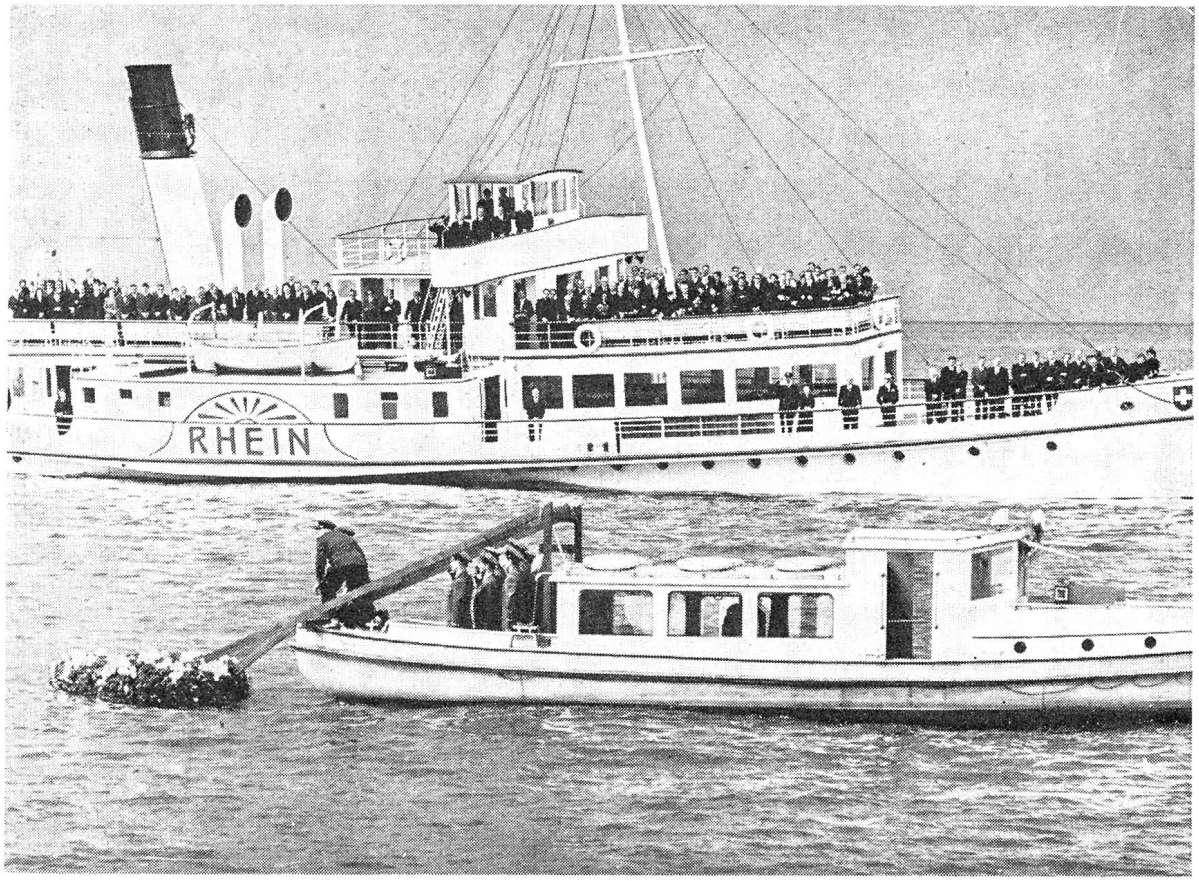
Inzwischen war aber die eigentliche Suezfrage keinen Schritt weitergekommen. Im Gegenteil. Der Kanal selbst war nämlich total verstopft, da die Ägypter in den ersten Tagen des Krieges rund 45 Schiffe im Kanal versenkt hatten, damit der Feind keinen Nutzen daraus ziehen könne. Die UNO sprang auch hier in die Lücke und führte die Räumung durch. Sie dauerte bis zum 9. April 1957, seither ist der Kanal wieder geöffnet und wird fleißig benützt. Am 13. Mai gestattete auch die englische Regierung ihren Schiffen wieder die Durchfahrt, am längsten hielten die Franzosen den Boykott aufrecht, nämlich bis am 13. Juni. Was aber den Betrieb betrifft, so setzten die Ägypter ihren Willen durch. Sie allein sind dafür zuständig. In einer am 24. April bei der UNO deponierten einseitigen Erklärung haben sie ihre sich selbst gesetzten Regeln festgehalten, eine Internationalisierung des Kanals ist heute ferner als vor dem Suezkrieg. Ein Beweis für die absolute Souveränität, die sie über den Kanal ausüben, ist seine Sperrung für alle israelischen Schiffe.

*

Eine Folge des Suezkrieges war der am 9. Januar erfolgte Rücktritt des englischen Premierministers Anthony Eden. Die Niederlage hatte Anthony Eden persönlich getroffen, denn der scharfe antiägyptische Kurs war sein eigenes Werk gewesen. Dazu aber kam noch, daß Edens Gesundheitszustand sehr schlecht war, so daß ihm die Fähigkeit abging, weiteren Stürmen zu trotzen. Aus diesen Gründen legte Eden am 9. Januar sein Amt nieder und trat von der politischen Bühne ab. Die Königin ernannte Harold Macmillan zu seinem Nachfolger.

Macmillan hatte nun die Aufgabe, den Scherbenhaufen zusammenzuflicken, und er legte dabei ein unbestreitbares Geschick an den Tag. Ein wichtiger Schritt auf diesem Gebiet war die Versöhnung mit dem amerikanischen Freund, zu dem sich das Verhältnis Englands wegen des Suezkrieges sehr unerfreulich gestaltet hatte. Vom 20.–23. März traf sich Macmillan mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower auf den Bermudainseln; sie brachten die englische und amerikanische Politik wieder auf Gleichklang. Es scheint, daß dabei vor allem auch britische Verteidigungsfragen besprochen wurden, denn Großbritannien steuert auf eine totale Umrüstung hin. Es will die klassischen Waffen so weit abbauen, daß übernächstes Jahr sogar die allgemeine Dienstpflicht abgeschafft werden kann, und sich dafür auf Fernlenkwaffen und Atombomben spezialisieren. So verringert es die Rheinarmee von 80 000 auf 50 000 Mann und brachte im Mai über dem Pazifischen Ozean seine ersten Wasserstoffbomben zur Explosion.

Nach Macmillan besuchte auch der französische Ministerpräsident Mollet den amerikanischen Präsidenten in seiner Hauptstadt, um die traditionell guten Beziehungen zwischen Frankreich und Amerika wiederherzustellen.



Schweres Flugunglück bei der Swißair

Im Juni 1957 stürzte ein DC-3-Flugzeug der Swißair, das sich auf einem Trainingsflug für Pilotenschüler befand, aus großer Höhe in den Bodensee ab. Alle neun Insassen kamen dabei um. Es war das erstemal seit 1939, daß Swißairpiloten infolge eines Flugunglücks ihr Leben verloren. Unser Bild zeigt den feierlichen Augenblick, wo der große Trauerkranz von einem Motorboot aus in Anwesenheit der Angehörigen den Fluten des Bodensees übergeben wird.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Neben dem Suezkrieg rief aber noch ein anderes Ereignis eine schwere internationale Krise hervor, nämlich der Aufstand in Ungarn. In diesem Lande hatten die Russen der kleinen kommunistischen Partei eine Machtstellung verschafft, die in keiner Weise mit dem Volkswillen übereinstimmte, und unter Führung des brutalen Parteisekretärs Mathias Rakosi war Ungarn völlig bolschewisiert worden. Die Folge war die Unterdrückung aller Freiheiten und die Verarmung des ganzen Volkes, das im Dienste einer verfehlten Wirtschaftspolitik ausgebeutet wurde. Nach dem Tode Stalins begann das ungarische Volk neue Hoffnung zu schöpfen, aber erst die allgemeine Auflockerung in Osteuropa, die auf Chruschtschews Zertrümmerung des Stalin-Idols am 20. Parteitag der sowjetischen kommunistischen Partei im Februar 1956 folgte, brachte auch in Ungarn die Dinge ins Rollen. In den Kreisen der Schriftsteller, Studenten und jungen Arbeiter begann man zu diskutieren, eine allgemeine Unruhe bemächtigte sich des Volkes. Rakosi wurde von Moskau fallengelassen, da man sich dort der Hoffnung hingab, die Lage könne sich

Zugsunfall auf der Gotthardbahn
Bei Amsteg entgleisten fünf Güterwagen, stürzten die Böschung hinab und verursachten große Schäden. Glücklicherweise gerieten die Zisternenwagen nicht in Brand.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Vor dem Radiogebäude kam es zu einer Schießerei, denn die Demonstranten wollten in das Gebäude eindringen, um ihr Sechzehnpunkte-Programm durchzugeben. Sie wurden zunächst von der AVO (Politische Polizei) zurückgeschlagen. Zu einem viel schlimmeren Blutbad kam es vor dem Parlament, das russische Panzer gegen die waffenlos vorrückende Menge schützen sollten. Sie feuerten in die Massen und sollen 500 Menschen getötet haben. Die eigentliche ungarische Armee gehorchte aber der Regierung nicht mehr, sondern fraternisierte mit den Aufständischen. So kamen diese zu Waffen, und bis zum ersten November kämpften sie die AVO nieder. Zahlreiche russische Tanks wurden von heldenhaften jungen Ungarn, oft unter Aufopferung ihres Lebens, geknackt, die restlichen Tanks zogen sich zurück. Die Regierung hatte Imre Nagy übernommen, der, obschon Kommunist, eine echte Popularität genoß, weil er bereits einmal als Regierungschef eine aufgeschlossene Haltung gezeigt hatte. In den Fabriken bildeten sich Arbeiterräte, in den Ortschaften Revolutionsräte, welche die tatsächliche Macht übernommen hatten. Am 1. November erklärte Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und seine Neutralität. Die verbotenen Parteien waren wieder zugelassen worden, der gefangene Erzbischof Mindszenty befreit, es herrschte volle Presse- und Redefreiheit. Diese Maienblüte der Demokratie, welche die wahre Denkungsart des ungarischen Volkes enthüllte, sollte aber nur von kurzer Dauer sein.

In aller Stille hatten die Russen neue Panzertruppen zusammengezogen, und am 4. November rollten sie mit überlegenen Kräften in Budapest ein. Noch versuchten sich die Ungarn zu wehren, aber nach anderthalb Wochen brach ihr

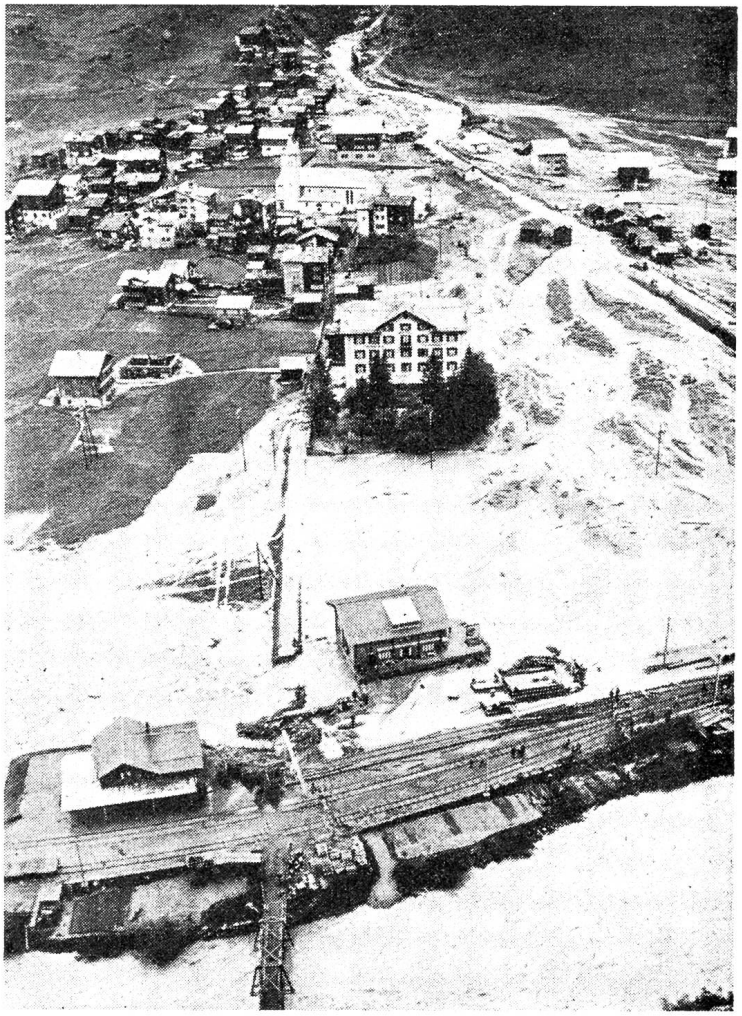
stabilisieren, wenn man den schlimmsten Stalinisten Ungarns wegräume. Verschiedene Kommunisten, die früher schon einen weicheren Kurs befürwortet hatten, wurden rehabilitiert, so Imre Nagy und Janos Kadar, von dessen Quislingcharakter damals noch niemand etwas wußte. Der nach einem Schauprozeß hingerichtete Laszlo Rajk wurde feierlich rehabilitiert, seine Leiche ausgegraben und in einem Staatsbegräbnis neu beigesetzt. Die Intellektuellen gaben sich aber nicht zufrieden, in immer neuen Versammlungen verlangten sie geistige Freiheit und die Abschaffung der obligatorischen Vorlesungen über Marxismus-Leninismus und des russischen Sprachunterrichts. Am 22. Oktober kam es zu einer ganz besonders stürmischen Kundgebung, in deren Folge ein eigentliches revolutionäres Programm aufgestellt wurde, dessen Kernstück der Abzug der russischen Truppen und die Wiedereinführung der alten nationalen Hoheitszeichen war.

Am 23. Oktober demonstrierten 200 000 Budapester auf den großen Plätzen der Stadt.

Widerstand zusammen. Die Russen hatten das Land wieder an die Zügel gelegt. Die Regierung Nagy wurde von ihnen gestürzt; Nagy selbst fand zunächst Asyl in der jugoslawischen Botschaft, als er diese aber unter Zusicherung freien Geleits verließ, wurde er verhaftet, und, wie es hieß, nach Rumänien deportiert. Zum Premierminister setzten die Russen den Generalsekretär der kommunistischen Partei, Janos Kadar, ein, dessen moralisches Rückgrat schon früher von der AVO durch unmenschliche Folterungen gebrochen worden war. Nun diente er den Russen als williges Werkzeug; unter dem Schutz der russischen Kanonenrohre nahm er den Ungarn alle soeben erworbenen Freiheiten wieder weg, und über das Land senkte sich die Grabesruhe der Unterdrückung. Zehntausende von Ungarn wurden deportiert; andere Freiheitskämpfer wurden im Laufe des Jahres 1957 einer nach dem andern vor Gericht gestellt. Die genaue Zahl der Hinrichtungen ist nicht bekannt. Wer konnte, floh. Fast 200 000 Ungarn verließen ihre Heimat, die meisten flohen nach Österreich, wo sie von einer umfassenden Hilfsorganisation betreut wurden und nach und nach von anderen Ländern übernommen wurden. Zur Stunde leben noch Tausende von Ungarn in österreichischen Flüchtlingslagern; der Flüchtlingskommissar der UNO, Dr. A. Lindt, erklärte aber im Mai, er hoffe, bis Ende 1957 die ungarische Flüchtlingsfrage liquidiert zu haben.

*

Die freie Welt erlebte alle Phasen der ungarischen Revolution mit lebhafter Anteilnahme mit. Als die Patrioten gesiegt hatten, gab es keinen eisernen Vorhang mehr, und Presseleute in großer Zahl konnten sich nach Ungarn begeben und sich ein persönliches Bild von der Lage machen. Es gab für sie keinen Zweifel, daß es sich um den Aufstand eines ganzen Volkes gegen seine Unterdrücker handelte. Als die Russen die Revolution niederwarfen, erfaßte tiefe Niedergeschlagenheit alle freien Völker. An eine offene Einmi-



Unwetterkatastrophe im Zermattertal

Tagelange Regenfälle führten im Juni 1957 zu schweren Schäden namentlich in Täsch. Unser Bild zeigt das Ausmaß der Überschwemmungen, die zum Glück keine Menschenleben forderten. Die Schäden an Häusern sind aber enorm, und viel Vieh ertrank. Die Wassermassen drangen auch in den Friedhof ein, verwüsteten ihn vollständig und spülten die Särge weg. Die Toten wurden in einem neuen Gemeinschaftsgrab beigesetzt.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

schung war aber nicht zu denken, da sie den dritten Weltkrieg zur Folge gehabt hätte; so setzte man seine Hoffnung auf die UNO, die sich im Falle Ägypten als so wirksam erwiesen hatte. Sie konnte es dort, weil Rußland und Amerika zusammenarbeiteten, im Falle Ungarn war aber gerade Rußland selbst Angeklagter und widersetzte sich im Verein mit seinen Satelliten allen Maßnahmen der UNO. Diese hatte noch einen letzten Hilferuf der Regierung Nagy erhalten und verurteilte am 9. November zum erstenmal mit 48:11 Stimmen die russischen Zwangsmaßnahmen. Sie beschäftigte sich in der Folge noch mehrmals mit Ungarn, vermochte aber das russische Verhalten in keiner Weise zu beeinflussen, ja die Brüskierung der UNO durch die Budapester Quislingregierung ging so weit, daß diese nicht einmal dem Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, die Einreise gestattete.

Es muß allerdings auch gesagt sein, daß die Empörung der westlichen Welt viel von ihrer moralischen Durchschlagskraft verloren hatte, weil im gleichen Moment zwei führende Nationen des Westens ihrerseits ebenfalls militärische Aktionen – in Ägypten – ausgelöst hatten und damit den Russen die besten Gegenargumente regelrecht in die Hände gespielt hatten.

*

Einen starken Einfluß auf die ungarische Revolution hatte die Entwicklung in Polen ausgeübt. Dort hatten die Arbeiter von Posen bereits am 26. Juni einen regelrechten Aufstand ausgelöst, zu dessen Niederwerfung ebenfalls russische Truppen beigezogen werden mußten. In der Folge gelang aber der kommunistischen Parteileitung das, was ihr in Ungarn danebengeraten war, die friedliche Umwandlung des bisherigen Zwangsregimes in eine gelockerte Form. Am 19. Oktober 1956 wurde Wladislaw Gomulka wieder ins Zentralkomitee der Partei aufgenommen, ein Mann, der in früheren Jahren einen titoistischen Kurs befürwortet und deshalb nur knapp am Tode vorbeigekommen war. In seiner Person konzentrierten sich nun die Hoffnungen der Polen, und tatsächlich gelang es ihm, den eigenen Weg Polens zum Sozialismus durchzusetzen, sich mit der katholischen Kirche zu verständigen (Kardinal Wyschinski seinerseits bewies auch größere Elastizität als Erzbischof Mindszenty) und das Geistesleben aus seinen Fesseln zu befreien. Mit den Russen schloß Gomulka ein Abkommen über die Stationierung russischer Truppen auf polnischem Boden; sie ganz aus dem Lande hinauszukomplimentieren konnte er sich nicht leisten, da die umstrittene Westgrenze Polens das Land zwingt, sich an Rußland anzulehnen. Am 20. Januar konnte Polen seine regulären Sejmwahlen abhalten, bei denen erstmals wieder ein halbdemokratisches System zur Anwendung kam und der eigentliche Urnengang sich in wirklicher Freiheit abspielte. Um so mehr wiegt der Vertrauensbeweis, den das polnische Volk bei diesen Wahlen Wladislaw Gomulka entgegenbrachte.

In den anderen Staaten des Ostblockes brachte das Jahr 1956 auch starke Erschütterungen des Systems, aber gerade nach der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes wagte kein Volk mehr, aus dem russischen Satellitenkreis auszubrechen. Auch in Ostdeutschland gab es keine Wiederholung des 17. Juni 1953 mehr, wenn schon sich die roten Machthaber sehr unsicher in ihrem Sattel fühlten.

*

Rußland spielte eine Zeitlang, nachdem es sich mit ungarischem Blut befleckt hatte, die Rolle eines Aussätzigen in der Völkerfamilie, aber im Lauf des Jahres 1957 versuchte es, nicht ohne Erfolg, die gerissenen Fäden wieder anzuknüpfen. In einem Fernsehinterview, das Parteisekretär Chruschtschew am 2. Juni in der amerikanischen Television gab, machte er wieder kräftig Propaganda für die Koexistenz. Gleich darauf unternahmen Bulganin und Chruschtschew auch wieder ihre erste politische Reise ins nichtkommunistische Ausland, indem sie Finnland einen Staatsbesuch abstatteten. Erfolglos waren aber die Noten, die Moskau an die verschiedenen NATO-Staaten richtete, worin es sie auf die Gefahr der Vergeltung aufmerksam machte, wenn sie sich von Amerika mit atomischen Waffen ausrüsten ließen. Diese Noten machten aber nirgends einen tiefen Eindruck.

Nur in Deutschland wurde die Frage des Verhältnisses zu Rußland lebhaft diskutiert, da damit die Wiedervereinigung der beiden ge-

trennten Teile Deutschlands verknüpft ist. Die Diskussion wurde besonders auch darum lebhaft, weil im Herbst die deutschen Bundestagswahlen fällig wurden. Bundeskanzler Adenauer hielt nach wie vor am konsequenten Westkurs, d.h. an der engen Zusammenarbeit mit den übrigen NATO-Staaten, fest und bekräftigte seine Politik durch einen Besuch, den er in der letzten Maiwoche dem amerikanischen Präsidenten abstattete.

Eisenhower selbst, das sei hier noch eingeflochten, wurde am 6. November mit einem noch nie dagewesenen Mehr zum zweitenmal zum Präsidenten gewählt. Gleichzeitig bestellte das amerikanische Volk allerdings einen mehrheitlich demokratischen Kongreß, der dem Präsidenten bei seinem Gesetzgebungsprogramm bald schwer zu schaffen machte.

*

Die arabische Welt ist immer noch in starker Unruhe. Die von Nasser ausgegebene antikolonialistische Parole überkreuzt sich mit innerarabischen Machtkämpfen. Am 14. April brach in Jordanien eine Krise aus, da der König Hussein einem Komplott auf die Spur kam, wonach die stark ägyptenfreundlichen Parteien Jordanien ganz auf den Kurs Nasser ausrichten wollten. Der junge König griff mit starker Hand durch, setzte die unbotmäßigen Generäle ab, verbot die Linksparteien und suspendierte das Parlament. Nasser schwommen die Felle davon, denn König Saud von Saudiarabien gewährte Hussein diplomatische Rückendeckung und formierte zusammen mit Irak eine monarchische arabische Dreiländergruppe, die sich nicht mehr vor den Wagen Nassers spannen lassen will.

Präsident Eisenhower hatte ebenfalls einen Plan aufgestellt, der dem starken Einfluß Ägyptens und des mit ihm sympathisierenden Rußlands im Orient entgegenwirken sollte. Er ließ sich vom Kongreß ermächtigen, für die Unterstützung der arabischen Länder 200 Millionen Dollars auszugeben und, im Falle einer kommunistischen Aggression, amerikanische Truppen einzusetzen. Der Kongreß stimmte diesem Plane, der bald den Namen Eisenhower-Doktrin bekam, am 7. März zu. Eine amerikanische Flottendemonstration beim Höhepunkt der jordanischen Krise, am 25. April, demonstrierte den Ernst der amerikanischen Absichten.

Im Juni 1957 feierte Freiburg die 800-Jahr-Feier seiner Gründung.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Großbrand in Bern

Das Hadernhaus einer Firma für Altstoffe in Bern fing Feuer und wurde vollständig zerstört. Der Feuerwehr gelang es, ein Übergreifen des Brandes auf die sehr nahe stehenden Nachbarhäuser zu verhindern.

Photo W. Nydegger, Bern

Ein ungelöstes Problem hindert aber den westlichen Einfluß in den arabischen Ländern immer wieder, voll wirksam zu werden. Wir haben schon im letzten „Hinkenden Bot" berichtet, wie Frankreich genötigt wurde, Hunderttausende von französischen Soldaten in Algerien einzusetzen, um den Aufstand zu bekämpfen. Dies wurde auch im Lauf der nächsten 12 Monate nicht besser; dagegen bekam die französische Staatskasse den Aderlaß dieses Krieges immer mehr zu spüren. Als Ministerpräsident Mollet, der die Rekordzeit von 15 Monaten regiert hatte, die Konsequenzen ziehen wollte und der Nationalversammlung neue Steuern vorlegte, wurde er am 21. Mai gestürzt. So bildete die algerische Frage die Wurzel einer Regierungskrise, die sich über Wochen bis in den Juni hinziehen sollte. Die algerischen Aufständischen lösten in dieser Zeit eine neue Terrorwelle aus. Die schlimmste ihrer Handlungen bis anhin war ein Überfall auf das Dorf Melouza, wo sie 303 ihrer Stammesbrüder massakrierten. In Frankreich selbst ist man sich indessen zurzeit immer noch nicht schlüssig, was für eine Algerienpolitik man betreiben will. Der am 13. Juni investierte neue Ministerpräsident, Bourgès-Maunoury, setzte zunächst den Kurs Mollets einfach fort.

*

An den Schluß unserer außenpolitischen Chronik wollen wir aber ein positives Ereignis stellen: wir meinen die Unterzeichnung der Europaverträge in Rom am 25. März. Darin beschlossen Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg, im Verlauf der nächsten 15 Jahre ihre Zollschranken sukzessive niederzulegen und einen gemeinsamen Markt zu bilden. Gleichzeitig schlossen sie ein Abkommen über die gemeinsame Ausnützung der atomischen Energie, genannt Euratom. Diese sind große zukunftweisende Vereinbarungen, mit denen wir uns sicher in den nächsten Kalendern wieder zu befassen haben werden.

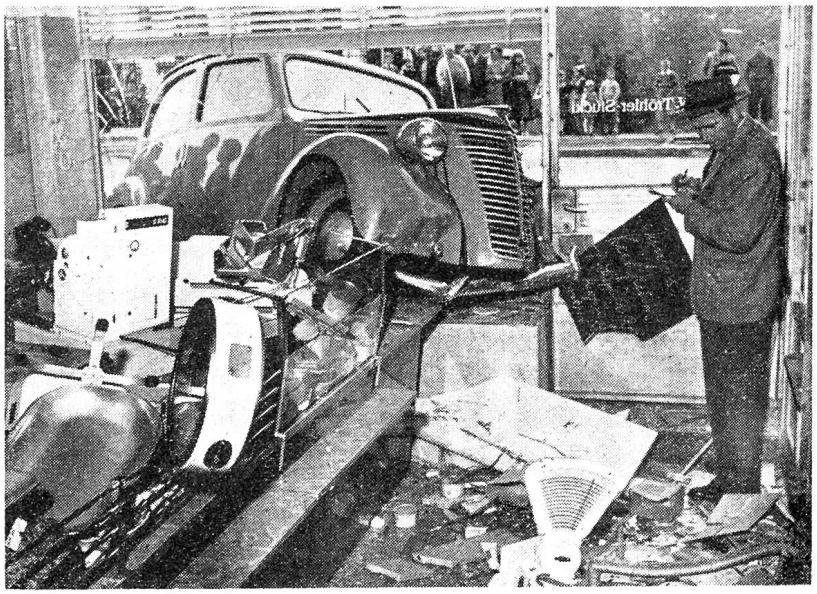
*

In der Schweiz dauerten auch in der Berichtsepoche die gute Konjunkturlage und die Vollbeschäftigung an. Bemerkenswert ist, daß nicht mehr Lohnerhöhungen, sondern Arbeitszeitverkürzung im Vordergrund der sozialen Forderungen steht. Das Ziel ist die 44-Stunden-Woche. Die Typographen gingen als Bahnbrecher voran: am 1. September 1956 trat ihr neuer Gesamtarbeitsvertrag in Kraft, der die Arbeitszeit auf 47 Stunden kürzte. In den drei folgenden Jahren wird sie um je eine weitere

Stunde verringert. Andere Berufsgruppen folgten bald; im Zusammenhang damit gewann auch der Gedanke der Fünf-Tage-Woche Boden, die verschiedene Industriegruppen bereits eingeführt haben. Die Finanzlage des Bundes war 1957 noch besser als im Vorjahr; die Staatsrechnung schloß mit einem Überschuß von 432 Millionen Franken ab, die reine Finanzrechnung gar mit 647 Millionen. Trotz der schleichenden Inflation, welche die Bauern zwang, auf den 1. Mai höhere Produktenpreise zu verlangen – die ihnen wohl fürs Fleisch, nicht aber für die Milch vom Bundesrat bewilligt wurden –, machte sich im Sommer 1957 eine zunehmende Geldverknappung bemerkbar. Der Zinsfuß für Obligationen stieg auf 4½%, neue Hypotheken waren nur noch schwer erhältlich, und man befürchtete allgemein, es werde auf die Dauer nicht möglich sein, den Zinsfuß für Althypotheken zu halten. Besonders in Kreisen der Landwirtschaft sah man dieser Entwicklung nur mit Besorgnis zu und brachte seine Vorbehalte an gegenüber der Geldpolitik der Nationalbank, die am 15. Mai den Diskontsatz von 1½ auf 2½% erhöhte.

Der Souverän zeigte keine Zufriedenheit mit der Gesetzgebungsarbeit der Räte; am 30. September verwarf er die Brotgetreideordnung, am 4. März die Verfassungsartikel über den Zivilschutz und über Radio und Fernsehen. Über die Chevalier-Initiative wurde ihm die Entscheidung erspart, da diese von ihren Urhebern unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn zurückgezogen wurde. Für das Fernsehen entstand eine schwierige Situation, da nach der Verwerfung des Verfassungsartikels die Geldquellen des Bundes versiegen mußten. An ihrer Generalversammlung in Genf am 24. Mai beschloß die Schweizerische Rundspruchgesellschaft, auf ein Angebot aus Reklamekreisen, durch Fernsehreklame die nötigen Mittel zu beschaffen, einzutreten. Der Entscheid liegt aber beim Bundesrat, der die Fernsehreklame vermeiden will.

Als eindrücklichstes Ereignis der inländischen Politik im Winter 1956/57 muß man aber die Rückwirkungen der ungarischen Katastrophe ansehen. Noch nie seit dem Weltkrieg hat ein Geschehnis unser Volk so aufgewühlt wie die Unterdrückung des ungarischen Freiheitskampfes. Vom Bundesrat, der dazu sein Verdammungsurteil aussprach, bis zum letzten Schweizer ging eine Welle der Empörung durch unser Land. Millionenbeträge wurden gespendet für die Hilfsaktionen, zuerst zugunsten der Freiheitskämpfer, dann der Flüchtlinge. Der Bundesrat gewährte 12 000 Flüchtlingen Einlaß in unser Land, wo sie neu ausstaffiert und nach nur kurzem Lageraufenthalt über das ganze Land verteilt und in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert wurden. Über 1000 reisten bald nach Übersee weiter. Seine Meinung über die schmählichen Geschehnisse in Ungarn gab das Schweizervolk in zahlreichen Demonstrationsaufmärschen und Protestresolutionen kund.



Bei der Station Tiefenau geriet ein Auto ins Schleudern und fuhr durch das Schaufenster einer Metzgerei direkt auf den Ladentisch. Dabei wurde ein Kind schwer verletzt.

Photo W. Rydegger, Bern

In Bern kam es sogar zu Radauszenen vor der russischen Botschaft. Der Selbstbehauptungswille der Schweiz tat sich in einer verstärkten Wehrbereitschaft kund. Der Bundesrat handelte entsprechend der Absicht des Schweizervolkes, indem er den Räten ein militärisches Sofortprogramm in der Höhe von 259 Millionen Franken vorlegte und für das Jahr 1957 verlängerte Kadervorkurse anberaumte, die der Panzerbekämpfung gewidmet sein sollen.

Die internationale Verwicklung, die am Suezkanal ihren Ursprung hatte, ließ die Schweiz auch nicht unbeteiligt. Sie wurde ersucht, die diplomatische Vertretung von Frankreich und England in Ägypten und von Frankreich im Irak und vice versa zu übernehmen. Am 6. November, als der Ausbruch eines Weltkrieges vor der Türe zu stehen schien, wandte sich der Bundesrat an die Großmächte und bot ihnen seine guten Dienste an für die Einberufung einer neuen Konferenz der Vier Großen zuzüglich Indiens, welche die Spannung hätte beilegen sollen. Der Vorschlag fiel auf unfruchtbaren Boden, war aber vielleicht doch nicht nutzlos, da die Stimme der sonst für ihre Zurückhaltung bekannten Schweiz die Mächte noch ausdrücklich vor der äußersten Gefahr warnte.

Im Frühjahr 1957 zeigte es sich plötzlich in erschreckender Weise, wie die Schweiz selbst in die Auseinandersetzungen fremder Mächte hineingezogen werden kann. Auf ihrem Boden spielte sich ein Kampf ausländischer Nachrichtendienste ab, der bis in die Bundesbehörden hineingriff. Der schweizerische Bundesanwalt Dubois und Bundespolizeiinspektor Ulrich hatten sich zu tief in Beziehungen mit Oberst Mercier von der französischen Botschaft eingelassen, der seinerseits eine gegen Ägypten gerichtete Tätigkeit entfaltet hatte. Die Einzelheiten sind zur Stunde, da wir diesen Bericht abschließen, noch nicht bekannt. Bundesanwalt Dubois sah sich selbst aber als so sehr kompromittiert an, daß er am 24. März freiwillig in den Tod ging, und gegen Ulrich lag genügend Material vor, um am 2. Mai seine Verhaftung zu veranlassen. Der Bundesrat hat eine umfassende Untersuchung angeordnet. Bundesrat Markus Feldmann, Chef des Justiz- und Polizeidepartementes, erklärte in der Junisession, die Beschaffung von Informationen gehöre zum Aufgabenkreis des Bundesanwaltes, dem der Staatsschutz anvertraut sei. Ob dieser dabei aber selbst die Interessen und Sicherheit der Schweiz verletzt habe, müsse nun die Untersuchung an den Tag bringen.

Obschon das Schweizervolk durch diese Affäre, man erinnert sich ja auch noch des Falles Widmer, sehr beunruhigt war, blieb es sich doch bewußt, daß es sich hier um Einzelfälle handelte und die Bundesbehörden in ihrer Gesamtheit sein Vertrauen nach wie vor verdienen.

Mehr Ruhe!

In einem Schweizer Kurort brannte ein Hotel ab. Mitten in der Nacht. Alles lebende Inventar einschließlich der Kurgäste wurde gerettet. Zuletzt stolzierte Herr Quatsch aus dem brennenden Bau. Eine Zigarre im Munde. Beim Schein der Glut eine Zeitung lesend. Die verkörperte Ruhe, die verkörperte Gelassenheit.

Lauter Beifall erdröhnte, als Herr Quatsch sichtbar wurde. Er ging auf den Gemeindepräsidenten des Kurortes zu, klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Sehen Sie, Herr Gemeindepräsident, Ruhe muß man im Leibe haben. Man darf bei so einem Ereignis nicht kopfscheu werden! Sich nur nicht von seiner Nervosität irre machen lassen!"

„Stimmt", erwiderte der Gemeindepräsident, „nur hätten Sie noch ein wenig ruhiger sein dürfen."

„Wie meinen Sie denn das?"

„Ich meine, Sie hätten sich wenigstens erst noch Ihre Hose anziehen können..."

Wenn der Draht zu Ende ist

Die Aufnahmen waren zu Ende. Die Künstler verließen ihr Atelier und gingen zur Straßenbahn, die sie nach der Stadt zurückbringen sollte.

Während sie an der Haltestelle warteten, meinte einer: „Eigentlich ist so eine Elektrische doch ein unpraktisches Verkehrsmittel. Wenn der Draht zu Ende ist, kann sie nicht mehr weiter."

Fritz Reiff hörte das und wandte sich dem Sprecher mit der Frage zu: „Geht es uns denn anders?"